



Nach Ampel-Aus: Merz fordert fundamental andere Politik

Nach dem Scheitern der Ampel hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz eine fundamental andere Politik für Deutschland gefordert. Es brauche eine neue Bundesregierung, „die ihrer nationalen, ihrer europäischen und ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird“, sagte Merz im Bundestag. Dem Bundeskanzler warf er vor, mit seiner Politik das Land zu spalten. Auch CSU-Chef Markus Söder betonte: „Keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik hat dieses Land tiefer gespalten als diese Ampel.“

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion antwortete Kanzler Olaf Scholz auf seine Regierungserklärung, die voraussichtlich letzte in der laufenden Wahlperiode. Darin erhob Scholz den Anspruch, bis zur vorgezogenen Neuwahl im Februar noch politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Merz nannte diesen Anspruch inakzeptabel.

„Sie simulieren eine Mehrheit, die Sie nicht mehr haben“, rief er Scholz zu. „Sie leben in Ihrem eigenen Kosmos.“ Er machte klar, dass die Abgeordneten von CDU und CSU „nicht die Auswechselspieler für Ihre auseinandergebrochene Regierung“ seien. Markus Söder, der als bayerischer Ministerpräsident im Bundestag sprach, warf dem Bundeskanzler ebenfalls einen „totalen Realitätsverlust“ vor. Er hielt ihm vor: „Sie haben das Land in die Sackgasse geführt. Sie müssen auch die Verantwortung übernehmen.“

Das ursprüngliche Vorhaben des Kanzlers, die Vertrauensfrage, die für die Auflösung des Bundestages und vorgezogene Neuwahlen unabdingbar ist, bis Januar hinauszuzögern, kritisierten Merz und Söder scharf. Merz sprach von einem „rüden und rücksichtslosen parteipolitischen Taktieren, allein um einen vermeintlichen Vorteil für die nächste Bundestagswahl für Sie selbst und für die SPD zu erzielen“. Hingegen bedankte Merz sich bei den Fraktionschefs der SPD, Rolf Mützenich, und der Grünen, Britta Haßelmann und Katharina Dröge, für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Suche nach einem geeigneten Ablaufplan. „Wir haben hier wenigstens im Parlament unsere Verantwortung gemeinsam wahrgenommen“, sagte er.

Scholz wird die Abgeordneten am 16. Dezember um das Vertrauen bitten – im Wissen, dass er keine Mehrheit erhält. Dann können die vorgezogenen Neuwahlen am 23. Februar stattfinden. Merz machte darauf aufmerksam, dass der jetzige Bundestag bis zum Zusammentritt der neuen Volksvertretung „jederzeit handlungs- und entscheidungsfähig ist“.

Als Aufgabe einer neuen Bundesregierung sieht Merz die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, eine technologieoffene Energie- und Verkehrspolitik sowie die deutliche Verringerung bürokratischer Auflagen für die Unternehmen. Auch die anhaltend hohe illegale Migration nach Deutschland müsse beendet werden, forderte er. „Deutschland braucht eine grundlegend andere Politik, vor allem in der Migrationspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Wirtschaftspolitik.“ Es müsse wieder mehr investiert werden, damit Arbeitsplätze in Deutschland erhalten blieben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



Olaf Scholz hat unser Land in ein Regierungsvakuum manövriert. In über drei Jahren hat er ein einziges Mal von der Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und jetzt hat er vor lauter Rat- und Kraftlosigkeit seine eigene Regierung gesprengt. Wir sehen das aber als Glücksfall und große Chance für die Union. Über ein halbes Jahr Streit, Stillstand und Irrwege bleiben unserem Land so erspart.

Die Lage in Deutschland, Europa und der Welt ist zu ernst, als dass wir uns noch einen Tag länger als unbedingt erforderlich eine Restregierung unter Olaf Scholz leisten können. Deutschland braucht den politischen Neuanfang jetzt! Deswegen ist es gut, dass sich Friedrich Merz und Rolf Mützenich, ohne Zutun des Kanzlers, auf einen recht frühen Wahltermin geeinigt haben. Die vorgezogene Neuwahl des Deutschen Bundestages findet nun voraussichtlich am 23. Februar 2025 statt. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass der Kanzler am 16. Dezember die Vertrauensfrage im Bundestag stellt und dass der Bundespräsident den Bundestag auflöst.

Bis zu den Neuwahlen wollen wir im Bundestag dringend Notwendiges umsetzen - aber auch nur das. Denn unser Ziel ist, eine neue Bundesregierung als Union zu führen und eine neue Politik aus einem Guss zu machen. Wir sind kein Auswechselspieler für die die zur „Fußgänger-Ampel“ (aus nur noch rot und grün) geschrumpfte Bundesregierung. Wir wollen bei den unklaren Mehrheitsverhältnissen ausschließen, dass die AfD, die Linke oder das BSW plötzlich Entscheidungen im Bundestag beeinflussen kann. Der von Scholz vorgeschlagene spätere Wahltermine hätte genau diese Gefahr erhöht. Es spricht viel dafür, dass die SPD genau das zumindest billigend in Kauf genommen hat - Hauptsache sie kann CDU und CSU schaden.

Wir brauchen Neuwahlen. Denn es ist Zeit für eine grundlegende Kurskorrektur in der Migrations-, Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik. Deutschland steht vor der Herausforderung, international wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Die Industrieproduktion schwächelt, während bürokratische Hürden und eine hohe Steuerlast Unternehmen belasten. Auch das gescheiterte Projekt des Bürgergeldes müssen wir schnell korrigieren. Außerdem braucht das Land einen sofortigen Stopp der Politik auf Kosten der jungen Generation. Die ungezügelte Schuldenmacherei muss deswegen aufhören. Das alles ist mit der heutigen Zusammensetzung des Bundestags nicht zu erreichen. Wir wollen dafür arbeiten, dass Deutschland wieder ein starkes Land wird und dass die Bürgerinnen und Bürger wieder stolz auf ihr Land sein können. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden am 23. Februar, ob eine starke Union genau das erreichen kann.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Unsere Gesetzesinitiative zum Wohnungseinbruchdiebstahl wurde endlich im Bundestag aufgegriffen

Unbefristete Verlängerung der Telekommunikationsüberwachung ist erforderlich

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag die Befugnis der Telekommunikationsüberwachung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls für fünf Jahre verlängert. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings:

„Es ist richtig und wichtig, dass der Deutsche Bundestag die Befugnis der Telekommunikationsüberwachung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls verlängert hat. Sie hat sich bewährt. Daher hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im letzten Jahr einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die unbefristete Verlängerung dieser wichtigen Ermittlungsmaßnahme vorsah. In der damaligen Anhörung zu dem Gesetz haben die Praktiker unseren Gesetzentwurf befürwortet.

Leider war die Bundesregierung daraufhin in der allerletzten Minute nur zu einer befristeten Verlängerung bereit, die sie evaluieren möchte und damit den Strafermittlern unnötig Arbeit beschert. Wir streben daher nach der Bundestagswahl eine Entfristung dieser Befugnis an. Denn wir wollen den Ermittlern alle notwendigen Befugnisse zur Aufklärung von Straftaten geben. Demzufolge wollen wir unter anderem auch die Straftatenkataloge in der Strafprozessordnung erweitern.

Ebenfalls muss dringend eine Mindestspeicherung von IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs geregelt werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits in den Bundestag eingebracht.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 18/2024,
15. November 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Cannabis-Legalisierung aufheben

Aktuellen Stunde: Negative Auswirkungen auf die Innere Sicherheit ernst nehmen

In dieser Woche fordern wir in einer von der Unionsfraktion beantragten Aktuellen Stunde: Negative Auswirkungen auf die Innere Sicherheit ernst nehmen – Cannabis-Legalisierung aufheben. Mit der Teillegalisierung von Cannabis hat die Ampel-Bundesregierung ein Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt und für kriminelle Banden gestartet.

Die sogenannte „Trendwende in der Drogenpolitik“ hat in der Praxis genau das Gegenteil bewirkt: Der Schwarzmarkt floriert, kriminelle Banden expandieren, der Konsum hat zugenommen. Eigenanbau und die wenigen genehmigten Anbauvereine können den Konsum bei Weitem nicht decken. Die negativen Auswirkungen dieser verfehlten Drogenpolitik für die Innere Sicherheit sind vielfältig: Polizeiliche Kontrollen laufen ins Leere, da Dealer sich an die neuen, großzügigen Freimengen für den „Eigenbedarf“ halten und ihre Aktivitäten so legal wirken lassen.

Der Polizei sind die Hände gebunden. Die organisierte Kriminalität ist in diesen neuen, noch lukrativeren Markt mit Druck eingestiegen. Sie agiert immer brutaler, um Marktanteile zu sichern und Revierkämpfe auszutragen. Währenddessen nutzen windige Telemediziner die neuen Regeln, um Cannabis ohne echte Indikation zu verschreiben, mitunter nur auf Basis eines ausgefüllten Fragebogens.

Diese Fehlentwicklungen zeigen: Die Ampel-Bundesregierung hat nicht nur die negativen gesundheitlichen Folgen gerade für Jugendliche und Heranwachsende in unverantwortlicher Weise vernachlässigt, sondern es auch versäumt, die nachteiligen rechtlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen ihrer Gesetzgebung zu bedenken. Die Cannabis-Teillegalisierung ist damit ein riesiges Konjunkturprogramm für die Organisierte Kriminalität.

Ein nachhaltiges Konzept zur Bekämpfung des Schwarzmarktes und zur Durchsetzung der neuen Regeln – gerade zur Verhinderung des Konsums durch Jugendliche und junge Erwachsene – bleibt aus. Zum Schaden der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, der Inneren Sicherheit und des Rechtsstaats.